

Bernd-Uwe Haase

Kommentar zum ersten Entwurf des Leitantes an den 5. Landesparteitag

Vorbemerkung:

Die Erarbeitung dieser Kommentare erfolgte vor dem Erscheinen einer zweiten Fassung des Diskussionspapiers, erschienen am 20. Oktober 2010. Gleichwohl sind wesentliche Grundaussagen unverändert geblieben, so dass ich es für gerechtfertigt halte die bereits aufgeschriebenen Bemerkungen zu den Einzelpunkten des ersten Papiers zur Kenntnis zu geben.

Seit dem Ende der 60iger Jahre ist zu erkennen, dass in der öffentlichen Diskussion und zunehmend in der Politik der Einfluss von Hypothesen gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen zunimmt. Mit dem Auftreten der Grünen verbunden, erfolgt, oft wider besseres Wissen, ein zum Teil geradezu absurdes Orientieren auf schmale Betrachtungshorizonte, das eine umfassende Sicht auf die betrachteten Politikfelder verhindert und abweichende Meinungen und Erkenntnisse geradezu verteufelt. Vor diesem Hintergrund sind viele der z.Z. diskutierten Fragen zur Energiepolitik in Deutschland nicht verwunderlich. Allerdings muss man von einer Partei, die sich kritisch mit der gegenwärtig bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auseinandersetzt verlangen können, dass sie sich nicht vom allgemeinen Trend dieser Diskussionen leiten lässt. Ein Nachbeten der durch ihre Klientel geforderten Positionen von SPD und Grünen kann nicht Programm einer sozial-ökologisch orientierten Partei sein.

Ein deutliches Aufzeigen der sozialen Folgen einer profitorientierten und nicht an Versorgungssicherheit und sozial verträglichen Preisen ausgerichteten Energiepolitik muss Markenzeichen dieser Programmatik sein. Damit ist aber eine Auseinandersetzung mit den bestehenden Produktionsverhältnissen verbunden.

Die im Diskussionspapier unter 10. genannten fünf Forderungen zeigen genau diesen Weg. Hätte das Diskussionspapier auch nur daraus bestanden, müsste man ihm sofort zustimmen. Aber leider haben die Autoren zuvor recht umfangreich dargelegt, dass es ihnen im Kern gar nicht darum geht, sondern ausschließlich Positionen der derzeit sehr starken Lobby der »Regenerativen Energien« vertreten werden.

Auf den folgenden Seiten erlaube ich mir meine persönliche Sicht auf einige ganz offensichtlich gewollte Fehldarstellungen im oben genannten Diskussionspapier darzulegen. folgende Grundsätze seien noch vorangestellt:

1. »Energieverbrauch« meint immer Energieumwandlung. Energie ist weder erneuerbar noch regenerierbar. Wir meinen Energieumwandlungsprozesse.
2. Spätestens mit der Nutzung des Feuers nutzt der Mensch die in den Rohstoffen gespeicherte Energie.
3. Die Entwicklung der Menschheit ging einher mit einem ständig steigenden Bedarf an Energie.
4. Die Energieversorgung der Zukunft kann nicht auf Basis der gegenwärtigen Technologien und Prozesse erfolgen. Grundsätzlich neue Ansätze sind erforderlich.
5. Energiepolitik ist immer auch Rohstoffpolitik.
6. Wer über Energiepolitik spricht muss dies ganzheitlich tun.

Zu I.

Bereits im Einstieg in die Diskussion erfolgt eine unzulässige aber gewollte Einengung des Fokus auf die »atomar – fossil geprägte Energiewirtschaft«.

Richtig wird argumentiert, dass Energie in allen Bereichen unseres Lebens eine maßgebliche Rolle spielt. Aber die Schlussfolgerung, die sofort auf die Energiegewinnung fokussiert zeigt, dass es gar

nicht um einen sozialverträglichen Umbau der Energieversorgung der Menschheit sondern um die Verteufelung eines kleinen Bereiches derselben geht.

Den Autoren sollte bekannt sein, dass der Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik 2009 zirka 13.400 PJ betrug und der Anteil davon für den Einsatz zur Elektroenergieerzeugung einschließlich des Einsatzes von Gas 33,8 und ohne Gas lediglich 28,4%. Ohne Skrupel wird aber in dem vorliegenden Dokument der größte Teil des Primärenergieverbrauches ausgeblendet.

Das was da propagiert wird ist nicht das Aufzeigen einer Energiewende, es ist der hilflose Versuch ein Themenfeld zu besetzen, das durch die Grünen längst besetzt ist. Der Umstand, dass das Wörtchen »sozial« in diesem Zusammenhang angewandt wird macht das Ganze nicht besser.

Völlig recht muss ich den Autoren hinsichtlich der Feststellung geben, dass die vorgeschlagenen »Energiewende« das Verbraucherverhalten der Menschen beeinflussen wird. Elektroenergie wird in den nächsten Jahren einen Preisauftrieb für die Verbraucher erfahren, der diese zur massiven Reduzierung des Strombedarfes zwingt. Die Industrieverbände warnen an dieser Stelle nicht grundlos vor einem Abwandern der stromintensiven Industrie. Ob damit das angeblich anvisierte Ziel einer Senkung des globalen Energiebedarfes erreicht wird darf bezweifelt werden.

Zu I.1.

Eine Hypothese wird dadurch nicht wahr, wenn man sie gebetsmühlenartig ständig wiederholt. Auch hier wird deutlich, dass es den Autoren gar nicht um das soziale Problem einer sicheren Energieversorgung geht. Viel mehr hebt alles auf den »Klimawandel« ab und dieser wird zur sozialen Frage hochsterilisiert.

Sicher, der globale Klimawandel, der seit 5 Mrd. Jahren die ständige Abkühlung der Erde begleitet, bewirkt, dass die Lebensbedingungen der ständig wachsenden Menschheit auch dadurch beeinflusst werden. Wir können nicht die Augen davor verschließen, dass durch Missachtung natürlicher Prozesse und Entwicklungen sich die Menschheit selbst in ungeheurem Maße schadet.

Ungünstige Klimasituationen führten zum Aussterben der Maja. Das Abholzen der Wälder zum Niedergang von Hochkulturen im vorhellenischen Zeitalter im Mittelmeerraum und auf den Osterinseln.

Durch massive Eingriffe in die Natur – Flussbegradigungen und Bebauung von Auenlandschaften – schaffen die Menschen selbst die Voraussetzungen für »Klimakatastrophen«. Energieversorgung für die Menschheit ist eine globale Frage, die ohne grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nicht beantwortet werden kann. Der gesellschaftliche und technische Entwicklungsstand in allen Ländern der Erde zeichnet dafür verantwortlich.

Eine Energieversorgung nach dem »Sankt-Florians-Prinzip« lässt die Ärmsten dieser Welt in grob fahrlässiger Weise im Stich und ist in höchstem Maße unsozial. Das ausgerechnet eine linke Partei sich den Thesen einer monopolkapitalistischen verpflichteten Klimaveranstaltung wie der Klimakonferenz von Rio de Janeiro annimmt ist in höchstem Maße fragwürdig. Die These »global denken, regierend und lokal handeln« heißt doch nichts anderes, als die Potentiale der Erde für die egoistischen Interessen einzelner Staaten und Regierungen auszunutzen. Nachweisen lässt sich das allein dadurch dass drei Viertel der Rohstoffe für den Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik importiert werden (Stand 2009).

Zu I.2.

Von der erstmaligen Nutzung von Rohstoffen für die Erzeugung von Wärme und Licht bis zur Gewinnung fossiler Rohstoffe zur Energieerzeugung vergingen mehrere 10.000 Jahre. Das Verbrennen von Holz, die Herstellung von Holzkohle waren lange Zeit die einzige Möglichkeit ausreichend Wärmeenergie für die Gewinnung von Metallen aus Erzen bereitzustellen. Aber auch die Kraft des Wassers und des Windes versuchte der Mensch für sich zu nutzen, sobald er technisch dazu in der Lage war. Wind- und Wassermühlen zeugen davon, ebenso wie die Wasserkünste in den Bergbaubetrieben seit 1500. Ein neues Zeitalter begann als es gelang Braun- und Steinkohlen für die industrielle Produktion nutzbar zu machen. Damit einher ging neben der ständigen Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten bis hin zur Erzeugung von Elektroenergie, eine Konzentration der Produktion in riesigen Industriestandorten.

ten und Fabriken. Nur so war es möglich den wachsenden Bedarf an Industrie- und Konsumgütern zu decken. Unser heutiger Wohlstand ist das Kind dieser Entwicklung.

Auch unsere Energieversorgung entwickelte sich analog dazu. Der Einsatz von Braun- und Steinkohlen und von Kernkraft in hocheffizienten und modernen Großanlagen sowie ein an diese Strategie angelehntes Stromnetz, das bis dato eine fast hundertprozentige Versorgungssicherheit gewährleistete, sind das Ergebnis dieser Entwicklung. Dazu gehören auch Wasserkraftwerke.

Mit der Erkenntnis, dass der weltweite Bedarf an Energie (nicht nur Elektroenergie) mit den bisherigen technischen Lösungen – außer mit Kernkraft, einschließlich der Kernfusion – nicht zu decken ist, wuchs das Interesse an neuen Formen insbesondere der Elektroenergieerzeugung. Der Bau von Wind-, Solar- und Photovoltaikanlagen sind ebenso Beweis der Suche nach neuen Lösungen wie die Nutzung von Geothermie, Biogas oder die Kraft der Gezeiten u.v.m.

Leider ist es bis heute trotz massiver Förderung nicht gelungen all diese technischen Lösungen so voranzutreiben, das sie auch nur annähernd die Wirtschaftlichkeit bestehender »konventioneller« Großanlagen erreichen und eine ebenso sichere Versorgung garantieren. Gleichwohl hat sich insbesondere um den Bereich der Wind- und Photovoltaikenergie eine starke Industrie entwickelt, die mit Hilfe der staatlichen Förderung in Deutschland und einer durch den Endverbraucher zu tragenden Vergütung, Gewinne und Profitraten realisiert, die weit über dem Durchschnitt der übrigen Industrie liegen. Es ist nicht verwunderlich, das auch die großen Energiekonzerne zunehmend davon Gebrauch machen.

Es zeigt sich zunehmend, dass es illusorisch ist, abgekoppelt von den Entwicklungen in allen anderen Ländern der Welt, im Eilzugtempo das Elektroenergieversorgungssystem eines Landes auf diese neuen Formen der Energiegewinnung umzustellen.

Anstatt der allgemeinen Erkenntnis zu folgen halten die Autoren am weiteren Ausbau der »regenerativen Energien« fest und lehnen gleichzeitig die Suche nach anderen, zumindest zeitweilig nutzbaren Lösungen (CCS-Technologie) ab.

Diese einseitige Ausrichtung führt in eine wirtschaftspolitische Sackgasse. Neben einer Vielzahl zu versorgender hochsubventionierter Arbeitsplätze werden der Bevölkerung Energiekosten zugemutet, die schon heute nicht mehr sozial zu verantworten sind.

Wir brauchen eine offene Diskussion zu allen technisch machbaren Lösungen und zu Visionen über völlig neue Arten der Energieumwandlung und -nutzung. An erster Stelle muss dabei die im gesamtgesellschaftlichen Maßstab wirtschaftliche Energiebereitstellung beim Endverbraucher stehen. Das schließt die Energieverteilung ein. Nur wer das tut denkt ökologisch und sozial. Zur CO₂-Problematik habe ich mich bereits geäußert.

Zu II.1.

Wie bereits gesagt, Hypothesen werden dadurch nicht wahr, dass man sie ständig gebetsmühlenartig wiederholt. Immer wieder werden genau die Argumente der Klimadiskussion ins Feld geführt, die scheinbar den durch die Menschheit verursachten Klimawandel belegen. Geschaut wird dabei auf historisch kurze Zeitreihen, ohne diese in den Kontext langfristiger Betrachtungen zu bringen. Die Ergebnisse würden sich erheblich relativieren und zum Teil sogar umkehren. Selbst inzwischen nachgewiesene Falschaussagen der IPCC-Berichte werden immer wieder genutzt. Ob CO₂ als »Treibhausgas« tatsächlich an den in einigen Gebieten der Erde (keinesfalls global) beobachteten Temperaturveränderungen beteiligt ist, ist noch nicht einmal nachgewiesen. Es wird nur behauptet. Am bewundernswertesten ist aber, dass man in geradezu überheblicher Art und Weise behauptet, man könne globale Klimaprozesse mit ihrer unübersehbaren Anzahl von Einflussfaktoren und dem bis heute nicht geklärten Zusammenwirken der selben gezielt steuern und die Temperaturentwicklung auf der Erde begrenzen.

Um klarzustellen: es ist nicht zu verkennen, dass der Mensch die Welt massiv nachteilig beeinflusst hat. Aber für den Erhalt der Welt braucht es Lösungen, die, wenn auch nicht in jedem Falle wissenschaftlich fundamentiert, den Versuch der Gestaltung einer für alle Menschen lebenswerten Welt zum Ziel haben, in welcher die Natur erhalten bzw. revitalisiert wird.

Zu II.2.

Zu Recht wird gefordert, dass sächsische Energiepolitik einen Beitrag leisten muss zur Entwicklung einer ressourcenschonenden Energieversorgung. Aber wie zu Beginn des Diskussionspapiers wird der Blickwinkel nur eng begrenzt auf den Sektor der Stromerzeugung in Sachsen gerichtet und daran die Kritik am Energieprogramm der sächsischen Staatsregierung festgemacht. Anstatt die Entwicklung und den Bau hocheffizienter Anlagen für die Stromerzeugung und die Separierung dabei entstehender Rückstände bzw. möglicher zukünftiger Rohstoffe zu unterstützen wird ohne die geringste Nachweisführung behauptet, dass diese Entwicklungen keine Zukunft haben und deshalb rundweg abzulehnen sind. Mit wissenschaftlichem Herangehen an Fragen der Energieversorgung hat das wenig zu tun und steht im krassen Widerspruch zu dem postulierten Anspruch einer sozialen und ökologischen Politik.

Zu II.3.

Der schnelle Ausstieg aus der Nutzung fossiler Rohstoffe zur Elektroenergieerzeugung wird damit begründet, dass in Sachsen die pro Kopf CO₂-Emissionen über dem Bundesdurchschnitt liegen. Da keine ganzheitliche Betrachtung des Problems erfolgt wird nicht danach gefragt warum das so ist. Reduziert wird das Problem der CO₂-Emissionen auch hier wieder nur auf die Energiewirtschaft. Industrie, Verkehr und Haushalte sowie sonstige Bereiche spielen offensichtlich keine Rolle. Wo der Strom verbraucht wird, der in den Braunkohlenkraftwerken Mitteldeutschlands und Brandenburgs erzeugt wird, ebenso nicht. Die ehemaligen Verbraucher in der Industrie gibt es nicht mehr. Deshalb wird der Strom in den Industriezentren Bayerns und Baden-Württembergs verbraucht. Auf Grund ihrer Eigenschaften macht es wirtschaftlich keinen Sinn Braunkohle über große Entfernungen zu transportieren. Deshalb erfolgt ihre Nutzung in der Nähe der Lagerstätten. Und die befinden sich nun einmal in Nordrhein-Westfalen, in Mitteldeutschland und in der Lausitz. Das heute gegenüber der Situation vor 1990 in Ostdeutschland noch etwa ein Viertel der Braunkohle gefördert und zum überwiegenden Teil verstromt wird ist der damaligen recht weitsichtigen Energiepolitik Deutschlands zu verdanken. Leider ist davon nicht viel übrig geblieben, obwohl in den letzten Monaten wieder etwas mehr Objektivität in die Diskussion zu kommen scheint.

Es verwundert, warum die Autoren nicht die CO₂-Emissionen pro Kopf der Gemeinden Lippendorf, Boxberg und Schwarze Pumpe ins Feld geführt haben; es bleibt ihr Geheimnis.

Bei jeder technischen Umwandlung von Rohstoffen entstehen Stoffe, für die teilweise heute noch keine Möglichkeiten der weiteren stofflichen Nutzung bestehen. Das bei der Verbrennung von fossilen Rohstoffen freigesetzte CO₂ und die verbrauchten Brennstäbe aus Kernkraftwerken gehören dazu.

Eine zeitweilige Einlagerung dieser Stoffe erscheint vor dem Hintergrund einer möglichen späteren industriellen Nutzung durchaus sinnvoll. Es gibt keinen Grund sich generell Lösungen zu verschließen, die dem entsprechen. Das dazu noch umfangreiche Forschungen und Untersuchungen erforderlich sind wird nicht in Abrede gestellt. Eine Verweigerungshaltung dazu steht der Linken schlecht zu Gesicht und zeigt die Einseitigkeit der bisher geführten Diskussion.

In der Schweiz diskutiert man über eine Einlagerung radioaktiver Stoffe mit dem Ziel einer Rückgewinnung in 100 bis 150 Jahren, weil man davon ausgeht, dass bis dahin Technologien für eine weitere Nutzung dieser Rohstoffe entwickelt worden sind. Sich darüber Gedanken zu machen, wie das durch den Verbrauch von Rohstoffen neu entstehende Rohstoffpotential zukünftig für die Versorgung der Menschheit genutzt werden kann, das wäre ökologisch und sozial.

Zu II.4.

Damit das von den Autoren vorgeschlagene Ziel eines schnellen Ausstiegs aus der Stromgewinnung aus Braunkohle auch gelingt wird einfach gefordert, den Zugang zu diesem Rohstoff zukünftig zu blockieren und keine Gewinnung in Tagebauen in Sachsen mehr zuzulassen.

Die Braunkohle soll als ein Element der Kulturlandschaft im mitteldeutschen Raum verschwinden. Ich empfehle hierzu den Autoren die Lektüre des Buches »Braunkohle Impuls für die wirtschaftliche Entwicklung der Region zwischen Weißenfels und Zeitz« geschrieben von Hilmar Herbst, einem, der seine Heimat der Braunkohle wegen verlassen musste. Verlegt wurde das Buch von der Simon Werbung GmbH – ISBN: 978-3-00-032191-7.

Braunkohle ist ein wichtiger Rohstoff der chemischen Industrie. Wieder aufgenommene Forschungsaktivitäten u.a. an der Bergakademie Freiberg und im Industrieprojekt »Innovative Braunkohleninitiative« kurz »ibi« zeugen von der Wertschätzung eines Rohstoffes, der auf der Basis der heute bekannten Ressourcen und dem gegenwärtigen Fördervolumen unserer Volkswirtschaft noch etwa 1200 Jahre zur Verfügung stehen kann. Mit oben genannter Forderung wird diese Möglichkeit der Rohstoffversorgung unseres Landes ausgeschlossen.

Woher sollen aber dann die Rohstoffe für die chemische Industrie Deutschlands kommen? Ist zukünftig der Einsatz von Rohstoffen aus anderen Ländern vorgesehen? Wo beispielsweise deutsche Umweltstandards nicht gelten? Oder wollen wir die Industrie gleich ins Ausland verlagern? Und trifft die Forderung keine Neuaufschlüsse mehr zuzulassen nur die Braunkohle oder auch andere Minerale? U.a. alle Rohstoffe für die Bau-, Keramik- und Porzellanindustrie werden in Tagebauen gewonnen. Ist es gewollt, dass auch diese Industriezweige in Deutschland aussterben? Welchen Grund gibt es sonst für eine so einseitige Betrachtung?

Es kann nicht sein, dass man die Versorgung mit Rohstoffen ausschließlich importorientiert sichern will. Das ist im äußersten Maße unsozial gegenüber den Lieferländern. Zu einer ausgewogenen Weltwirtschaft gehört, dass jeder seinen Beitrag für die Versorgung mit Rohstoffen leistet und Abhängigkeiten sowohl für Rohstofflieferanten und für –Empfänger vermieden werden. Dann sind gleichberechtigte soziale Entwicklungen möglich.

Zu II.5.

Nach Berechnungen des BMU sollen 2020 30% der Stromerzeugung aus »erneuerbaren Energien« erfolgen. Dafür ist es notwendig zirka 110 GW an Kapazitäten zu schaffen. Das entspricht nach BMU-Angaben dann etwa 50% der installierten Erzeugungskapazitäten in Deutschland. Wenn 50% der installierten Kapazität 30% der Leistung erbringen, dann erbringen die übrigen 50% logischer Weise die übrigen 70%. Das Problem: Erstere erzeugen den Strom auch dann, wenn er gar nicht gebraucht wird.

Ja, es stimmt, wenn der Ausbau der Photovoltaik weiter so voranschreitet, wie in 2010, so ist es denkbar, dass bereits 2012 der Strombedarf der Haushalte der Bundesrepublik an sonnenreichen Tagen (in der Zeit in der die Sonne scheint) gedeckt werden kann. Dass die Stromentstehungskosten dafür auch bei niedrigstem Vergütungssatz mindestens das Fünffache der konventionellen Stromerzeugung betragen ist offensichtlich sozialverträglich.

Doch woher kommt der Strom in der Zeit, in der kein Wind weht und keine Sonne scheint? Leider nicht von den übrigen alternativen Energiegewinnungstechnologien. Die neben den extrem Ansteigen der staatlich festgesetzten Einspeisevergütungen, die über jeweils 20 Jahre Bestandsschutz besitzen sind durch die Verbraucher auch die Kapital- und Fixkosten des auf dem derzeitigen Kapazitätsniveau verharrenden konventionellen Kraftwerksparks zu bezahlen.

Gefordert wird die Ausweitung kleiner regionaler Erzeugungsanlagen (ganz im Sinne der chinesischen Kulturrevolution – jedem Dorf seinen eigenen Hochofen). Die wirtschaftliche Ineffizienz solcher Anlagen wird völlig vernachlässigt. Sie rechnen sich nur durch die mit ihnen verbundenen Förderungen und Vergütungen und dem Zwang zur Energieannahme durch die örtlichen Stromversorger. Die Netzanschlusskosten bleiben bei den Berechnungen bereits unberücksichtigt, ebenso die erforderliche Reservehaltung an Erzeugungskapazität für den Fall eines Strombezugs bei Ausfall bzw. technologiebedingten Stillstand der Anlagen.

Dass kleine Erzeugungsanlagen ihren Sinn haben wird dabei nicht geleugnet. Nur ist abzuwägen, wo der gesamtwirtschaftliche Effekt für derartige Anlagen liegt. Der notwendige Ausbau der Stromnetze ist von nicht unwesentlicher Bedeutung. Bisher ist nirgends der Nachweis erbracht worden, der zeigt, dass moderne Großkraftwerke in einem Effizienzvergleich ungünstiger abschneiden. Der Aufschrei der Stadtwerke, die, durch die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke, ihre weniger effizienten, weil in den variablen Kosten teureren Anlagen, nicht betreiben können, ist ein schönes Beispiel dafür.

Zu II.6.

Geradezu schockierend sind die Aussagen zur Arbeitsmarktsituation. Ohne es zu beweisen, wird behauptet, dass die Zahl der Arbeitsplätze in der Braunkohlenindustrie unter denen der Branche

der »erneuerbaren Energien« liegt, was leider falsch ist. Entsprechende statistische Nachweise und Untersuchungen dazu werden völlig ignoriert. Nicht bewertet werden außerdem folgende Faktoren:

- wie ist die Tarifgebundenheit der Unternehmen in den verglichenen Branchen,
- wie hoch ist das Lohnniveau,
- wie viel Leiharbeiter sind beschäftigt (Q-Cells hat im Sommer 2008 schnell mal 500 (!) Leiharbeiter auf die Straße geschmissen),
- wie ist die Ausbildungsquote und wie viel Auszubildende werden nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung übernommen,
- wie hoch ist jeder einzelne Arbeitsplatz subventioniert bzw. durch Zwangabgaben gestützt.

Spätestens an dieser Stelle entlarven sich die Autoren endgültig. Unglaublich kann die Phrase von sozial-ökologischem Denken und Handeln nicht mehr sein. Das aufs Spiel setzen einer sich selbst tragenden Branche ohne Beachtung der sozialen Folgen für die Gesellschaft ist auch und gerade unter dem Aspekt eines ökologisch orientierten Umbaus der Wirtschaft und Gesellschaft nicht akzeptabel und in höchstem Maße unsozial.

Zu II.7.

Die Autoren erhärten an dieser Stelle ihre Position zu kleinteiligen, zersplitterten und ineffizienten Erzeugungsanlagen und Versorgungsstrukturen. Es sei nochmals betont, dass deren Wirtschaftlichkeit gegenwärtig nur gewährleistet ist durch:

- staatliche Förderprogramme,
- Verpflichtung zur Abnahme der in diesen Anlagen erzeugten Energie,
- hohe Einspeisevergütungen,
- nicht beachten des notwendigen Netzausbaus und
- Verzerrung des Wettbewerbs durch einseitige Belastung von Großproduzenten (z. B. durch die Befreiung von Erzeugungsanlagen unter 20 MW Leistung vom CO₂-Zertifikatehandel und durch Behinderung zum freien Zugang zu den Netzen).

Allein der notwendige Netzausbau für die Übertragung von Energie und zur Sicherung der Versorgungssicherheit, der von der Deutschen Netzagentur (DNA) bereits heute auf zirka 3.500 km beziffert wird führt zu zusätzlichen Ausgaben von mehreren Mrd. Euro. Durch hohe Belastungen des Netzes, Schwankungen von bis zu 800 MW Einspeiseleistung je Stunde und bis zu 9.000 MW pro Tag im Netz von 50-Hertz (Vattenfall), führten allein im vergangenen Jahr zu 197 Gefährdungstagen.

Es ist umso verwunderlicher das sich dieselben Leute, die sich für den Ausbau und die Dezentralisierung von »regenerativen Energien stark machen gegen den Ausbau der Netze stellen. So konnten seit 2005 nur 100 von 850 km Höchstspannungsleitungen (380 kV) gebaut werden.

Der dringend erforderliche Bau einer Nord-Süd-Verbindung über den Thüringer Wald wird seit Jahren auch durch Mitglieder der LINKEN verhindert. Auch ein intelligentes Netzmanagement funktioniert nur, wenn die Leitungen dafür existieren. Völlig offen ist die Regulierung des immer stärkeren Auseinanderklaffens von Energiebereitstellung und Energiebedarf. Derzeit sinnvoll infrage kommende Speichermedien sind Pumpspeicherwerke. Nur sind die Potentiale dafür sehr begrenzt und mit gravierenden Eingriffen in die Natur und somit mit hoher Inakzeptanz – nicht nur durch »Umweltschützer« – verbunden.

Überlegungen zur Verlagerung des Problems ins Ausland – beispielsweise nach Norwegen – zeugen von einer sehr egozentrischen Betrachtung der Energieversorgungsprobleme ebenso von wenig technischem Verständnis für die damit verbundenen Übertragungsprobleme.

Eine gleiche engstirnige Überlegung ist das Nutzen von Erzeugungspotentialen in der Sahara. Der dort möglicher Weise zukünftig erzeugte Strom muss zu allererst der Versorgung und Entwicklung Afrikas zugute kommen. Jede andere Überlegung ist unsozial und unökologisch. Bürgerkraftwerke nützen den Bürgern, die ihr Kapital dort Anlegen und die dann auf Kosten der Gemeinschaft ihre staatlich gesicherten Renditen einstreichen.

Zu II.8.

Stadtwerke haben in den letzten Jahren zunehmend mit dem Geld des Steuerzahlers spekuliert und auf eine Verknappung des Stromangebotes gesetzt. Die hohen variablen Betriebskosten (auch ohne Kosten für den Kauf von CO₂-Emissionsrechten) für ihre »effizienten« Erzeugungsanlagen hätten sie ja durch steigende Strompreise decken können. Das dafür Rohstoffressourcen anderer Länder verbraucht werden (Deutschland kann seinen Erdgasbedarf nur zu 13 Prozent selber decken) wird selbst von den Autoren des Diskussionspapiers billigend in Kauf genommen. Die Abhängigkeit von teilweise dramatischen Preisentwicklungen auf dem internationalen Rohstoffmarkt ebenso. Der Endwirkungsgrad dieser Anlagen wird außerdem durch Vernachlässigung des hohen energetischen Transportaufwandes künstlich hochgerechnet.

Es ist heute Stand der Technik, dass Grundlastkraftwerke (auch KKW) kurzfristig geregelt werden können. Durch Wärme-Kraft-Kopplung im Kraftwerk Lippendorf werden 200.000 Haushalte in Leipzig und Umgebung versorgt.

Zu II.9.

Durch die Verknappung der handelbaren CO₂-Emissionsrechte und die Einbeziehung der verarbeitenden Industrie in den Zertifikathandel ist ein Ansteigen der Strompreise ab 2013 zu erwarten, dass aber immer noch deutlich unter den dann noch zu zahlenden Einspeisevergütungen für »Erneuerbare« liegt.

Offensichtlich waren die Autoren noch nicht in den ehemaligen Tagebaugebieten Mitteldeutschlands und der Lausitz unterwegs. Sonst hätten sie feststellen müssen, dass es dort keine »zerstörten« Landschaften, wohl aber veränderte Landschaften, gibt. Das die Kosten dafür zu einem großen Teil nach 1990 von den Steuerzahlern finanziert werden mussten und müssen, ist der unplanmäßigen Einstellung der Tagebaubetriebe geschuldet. Das sollte man nicht vergessen. Auch mit der Einlagerung von CO₂ würden nach aktuellen Kalkulationen die Stromerzeugungskosten weit unter der Vergütung von Strom aus Windkraftanlagen liegen.

Woher bei einer fairen Bewertung aller Erzeugungsformen die Kostenparität der gegenwärtigen alternativen Erzeugungsarten (Wind, Photovoltaik, Biomasse, Geothermie) kommen soll bleibt ein unbeantwortetes Rätsel.

Zu II.10.

Allein ohne weiteren Ausbau der »regenerativen Energien« über das Jahr 2010 hinaus kommen bis 2020 auf die Stromverbraucher Deutschlands 120 Mrd. Euro Kosten für die Deckung der Einspeisevergütungen zu. Zu tragen hat das am Ende jeder Bürger durch steigende Produktpreise und Gebühren. Die Kommunen haben vergessen, dass alle öffentlichen Energieverbraucher auch den teuren Strom bzw. Wärme aus ihren kommunalen Erzeugungsanlagen bezahlen müssen. Steigende Betriebskosten für Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Bibliotheken, Schwimmbäder u.v.m. sind die Folge. Die ständige Kürzung nicht nur freiwilliger Leistungen haben wir auch der Strompreisentwicklung zu verdanken.

Jeder, der sich seine Stromrechnung genau anschaut, wird feststellen, dass der Anstieg der Stromkosten im Haushalt zu allerletzt den reinen Produktionskosten zu verdanken ist, die ihren Anstieg einem staatlich verordneten CO₂-Emissionsabgabesystem zu verdanken haben. Das Mehr von fünf Euro pro Monat dürfen die Hartz-IV-Empfänger im nächsten Jahr für die EEG-Umlage auf ihre Stromrechnung ausgeben. Wer an dieser Stelle davon redet, dass »erneuerbare Energien« mittelfristig kostensenkend wirken belügt seine Wähler. Innerhalb eines Jahres hat sich der Anteil der Einspeisevergütung je kWh mehr als verdoppelt.

Nur selten wird über die Folgen für den Industriestandort Deutschland gesprochen. Bereits heute erfolgt die Errichtung energieintensiver Industrieanlagen, vor allem der Grundstoffindustrie, in immer stärkerem Maße im Ausland. Es ist eine Frage der Zeit bis weitere Branchen folgen. Wieso Strompreise von fünf Eurocent Preistreiber für den Strom sein sollen, erschließt sich bei Kenntnis der Einspeisevergütungen und dem Aufschrei der Stadtwerke nach der Anzeige einer möglichen Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke, wegen dann gleichbleibend niedrigen Strompreisen, nicht.

Statistisch nachweisbar liegt der Preisanstieg für Braunkohle im Zeitraum seit 1997 bis 2009 bei 0,5 Prozent je Jahr.

Das die Strompreise 2007 und 2008 dem allgemeinen Trend der Entwicklung der Rohstoffpreise folgten, ist eine Folge des Wirkens allgemeiner Marktmechanismen und nicht allein der Monopolstruktur in der Deutschen Energiewirtschaft. Diese wird ja auch immer weiter durch die alternativen Stromerzeugungsformen zurückgedrängt, oder?

Vor allem Stadtwerke haben sich mit Abnahmeverträgen von bis zu drei Jahren an die damals hohen Energiepreise gebunden. Es ist zu erwarten, dass bei einem ehrlichen Weiterreichen der sinkenden Strompreise, eine Reduzierung der Bezugspreise für Strom als Preisbestandteil des vom Endkunden zu zahlenden Gesamtpreises zu verzeichnen ist. Der daraus entstehende Vorteil könnte den drastischen Anstieg der zu deckenden EEG-Umlage ein wenig mildern.

Fazit:

Wir brauchen in Zukunft eine Energieversorgung, die bei Minimierung des Energieverbrauches (ohne soziale Härten durch Preisentwicklungen), weitestgehend auf den Einsatz von Rohstoffen, die der Ernährung im weitesten Sinne sowie der stofflichen Nutzung dienen können, verzichtet. Alle bei der Energieumwandlung entstehenden Stoffe, sind als Rohstoffe der Zukunft zu betrachten und als solche zu behandeln.

Rohstofflagerstätten dürfen nicht durch egoistisches Verhalten einer Nation, eines Landes oder einer Generation einer zukünftigen Nutzung entzogen werden. Gleichwohl ist bei der Gewinnung von Rohstoffen auf ein Maximum an Umweltverträglichkeit zu achten. Eine Verhinderungspolitik zu lasten des Rohstoffsbezugs aus Drittländern und ohne Beachtung der sozialen und ökologischen Folgen in den Lieferländern verbietet sich.

Lokale Betrachtungen verbieten sich vor dem Hintergrund zu beachtender regionaler Besonderheiten der Verbreitung von Rohstoffen und globaler Auswirkungen. Entscheidungen zur Entwicklung der Infrastruktur von Stromerzeugungsanlagen sind nach Abwägung aller Auswirkungen auf:

- bedarfsgerechte Bereitstellung,
- Versorgungssicherheit,
- andere Bereiche der Infrastruktur-Netze,
- Kosten- und Preisentwicklung,
- Konsequenzen für den Arbeitsmarkt,
- Industrieentwicklung

zu treffen. Einseitige Betrachtungen sind aus sozialen und ökologischen Gründen zu vermeiden. Die Konsequenzen von Alleingängen, ohne Beachtung internationaler Entwicklungen, sind ob ihrer Folgen genau abzuwägen.

Die oben gemachten Ausführungen sind keinesfalls vollständig. Das Problem einer sozial-ökologischen Energieversorgung der Menschheit ist zu vielschichtig, als dass es in dieser Kürze in all seinen Facetten betrachtet werden kann. Trotzdem glaube ich, einige Anregungen für die Bereicherung der Diskussion zur Energiepolitik der LINKEN gegeben zu haben.